

KURZ NOTIERT

von Niklas Reese

Million People March - Proteste gegen Korruption und Patronage

Seit Juli 2013 kommen die politischen Philippinen nicht mehr zur Ruhe, als bekannt wurde, dass Dutzende von Parlamentariern – unter ihnen der Senatspräsident Juan Ponce Enrile – mutmaßlich Projektgelder in Höhe von 10 Milliarden Pesos (173 Millionen EUR) veruntreut haben. Gelder, die Projekten zumeist in ihren Wahlkreisen zugutekommen sollten, ließen sie an NGOs ausbezahlen, die nur auf dem Papier existieren. Schließlich sollen sie sich das Geld mit der Gründerin dieser Schein-NGOs 50–50 geteilt haben. Dieser Skandal brachte das Fass zum Überlaufen: Der langjährige Unmut in der Zivilgesellschaft darüber, dass einzelne Parlamentsabgeordnete jedes Jahr persönlich über die Verwendung von 70 Millionen Pesos (1,2 Million EUR) bzw. 200 Mio. Pesos (3,4 Millionen EUR) als Senatoren bestimmen können (*Pork Barrel System*), schlug in offenen Protest um. Am 26. August, dem Nationalen Heldentag, gingen Hunderttausende in Metro Manila und zahlreichen anderen Städten auf die Straße, um die Abschaffung des *Pork Barrels* zu fordern. Viele von ihnen waren das erste Mal auf die Straße gegangen.

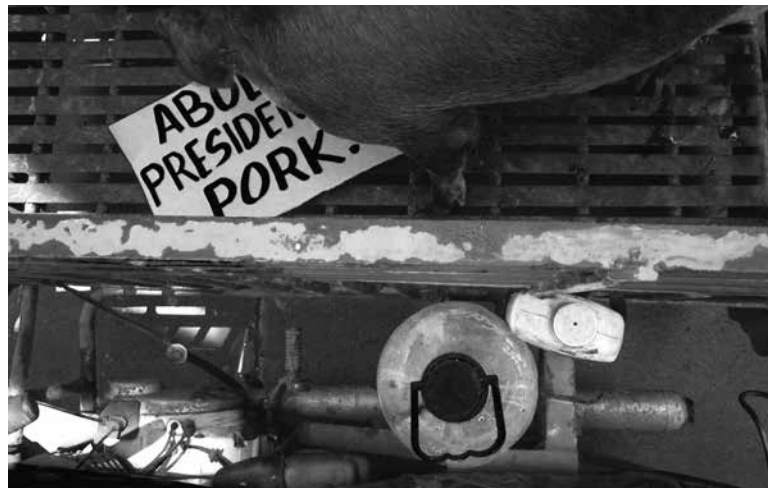
Die anhaltend hohen Umfragewerte von Präsident Aquino sind um 35 Prozent abgestürzt. Grund der Enttäuschung dürfte sein, dass Aquino den Forderungen der Protestierenden bloß eingeschränkt entgegenkommt. Er ist nur bereit, die Verwendung der *Priority Development Assistance Funds* (PDAF), wie das *Pork Barrel* offiziell heißt, zu reformieren, nicht aber die PDAF abzuschaffen und die Vergabepaxis von dem Votum der Abgeordneten abzukoppeln. Als im September enthüllt wurde, dass der Präsident über Mittel in dreistelliger Milliardenhöhe persönlich verfügen kann und man ihm vorwarf,

sie auch zum Einsatz gebracht zu haben, um die Absetzung des Obersten Richters Corona in 2012 zu gewährleisten, begann die meinungsbildende Öffentlichkeit an Aquinos Kreuzzug gegen die Korruption zu zweifeln.

Mittlerweile hat der frühere Oberste Richter Reynato Puno eine Initiative ins Leben gerufen, mit der das *Pork Barrel*-System per Referendum abgeschafft werden soll. Es wäre das erste Mal, dass der *Initiative and Referendum Act* von 1989 zur Anwendung käme. Dazu bedarf es der Unterschriften von insgesamt 10 Prozent aller registrierten WählerInnen, wobei aus jedem Wahlkreis mindestens

flach zu halten. Am Nationalen Heldentag war es vor allem die Mittelklasse, die auf die Straße ging; auch in den nachfolgenden Demos, an denen bloß noch um die 5.000 Menschen teilgenommen hatten, sah man kaum Menschen aus den Armutsvierteln. Hingegen strömten diese Mitte Oktober zu Millionen auf die Straßen Manilas, als die Kirche *Iglesia ni Kristo* medizinische Behandlung umsonst anbot und Lebensmittelpakete verteilte – eine Aktion, die den Verkehr lahmlegte und zum Ausfall der Schulen führte.

Herbert Docena, einer der jungen Vordenker der Linken, will sich aber nicht entmutigen las-



Der Autor ist Redakteur des monatlichen Nachrichtenüberblicks philippinen aktuell.

Bewegung gegen »President Pork«
Foto: Niklas Reese

3 Prozent aller registrierten WählerInnen unterzeichnen müssen.

Facebook, Twitter und die Meinungsseiten der überregionalen Tageszeitungen sind seit Monaten voller Begeisterung über die Bewegung. Von einer neuen *People Power* ist die Rede, in der Tradition der Massenproteste, die 1986 zum Sturz von Marcos und 2001 zum Sturz von Estrada geführt hatten. Und dass die Bewegung nicht in erster Linie Politiker stürzen, sondern Strukturen verändern möchte, wird als »Zeichen einer reifenden Demokratie« verstanden.

Kritische Geister hingegen halten es für angebracht, den Ball

sen: »Auch wenn die Regierung unsere Forderungen noch nicht erfüllt hat«, so Docena (Rappeler, 31.10.2013), »hat die Bewegung gegen das ›Pork‹ doch schon einen großen Erfolg errungen: Sie hat unsere Fantasie freigesetzt und die Frage aufgeworfen, wie das *Pork-Barrel*-System zu ersetzen wäre. (...) Nur noch wenige glauben dem Präsidenten, wenn er meint, dass es keinen anderen Weg gebe, soziale Dienstleistungen und öffentliche Güter anders bereitzustellen als durch Politiker, die sie nach ihrem eigenen Gusto verteilen.«